



**Stadt Zürich**  
Polizeidepartemen

## Strategischer Plan des Polizeidepartements



# 2008–2012

Beschluss der Chefkonferenz des Polizeidepartements  
vom 1. November 2007

# Strategischer Plan des Polizeidepartements 2008-2012

	Vorwort der Departementsvorsteherin .....	3
1	Vorbemerkung und Übersicht der Systematik der strategischen Planung .....	4
2	Umfeld.....	4
	2.1 Demographisches und soziales Umfeld .....	5
	2.2 Politisches Klima und Gesetzesnovellen .....	6
	2.3 Extremismus und Kriminalität .....	8
	2.4 Freizeitverhalten, Mobilität und Umwelt.....	9
	2.5 Technologie.....	11
	2.6 Finanzen.....	11
3	Veränderungen gegenüber dem Strategischen Plan 2007-2011 .....	12
4	Vision des Polizeidepartements .....	12
5	Leitlinien, Führungsgrundsätze der Departementsvorsteherin: Unsere Mission ..	13
	5.1 Engagement und Zielsetzung.....	13
	5.2 Dienstleistungs- und Kundenorientierung.....	13
	5.3 Verantwortung und Kompetenzen .....	13
	5.4 Kultur .....	14
	5.5 Mitarbeiterzufriedenheit.....	14
	5.6 Kommunikation und Informationsaustausch.....	15
	5.7 Ressourcen .....	15
6	Strategische Ziele des Polizeidepartements .....	15
	6.1 Erfolgspositionen.....	16
	6.1.1 Am Bürgernutzen orientiertes Dienstleistungsangebot.....	16
	6.1.2 Anpassung an Umweltveränderungen durch hohe Flexibilität der Sicherheitsleistungen und moderne Führungsinstrumente.....	16
	6.1.3 Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber .....	17
	6.2 Langfristige Ziele .....	18
	6.3 Jahresziele 2008 .....	21
7	Zusammenfassung der Ziele des Departementssekretariats und der Dienstabteilungen .....	22
	7.1 Departementssekretariat .....	22
	7.1.1 Langfristige Ziele .....	22
	7.1.1.1 Schwerpunkte.....	22
	7.1.1.2 Strategische Projekte.....	22
	7.1.2 Jahresziele 2008.....	24
	7.2 Stadtpolizei.....	25
	7.2.1 Langfristige Ziele .....	25
	7.2.1.1 Schwerpunkte.....	25
	7.2.1.2 Strategische Projekte.....	27
	7.2.2 Jahresziele 2008.....	27
	7.3 Schutz & Rettung.....	29
	7.3.1 Langfristige Ziele .....	29
	7.3.1.1 Schwerpunkte.....	29
	7.3.1.2 Strategische Projekte.....	30
	7.3.2 Jahresziele 2008.....	30

---

7.4	Dienstabteilung Verkehr .....	32
7.4.1	Langfristige Ziele .....	32
7.4.1.1	Schwerpunkte .....	32
7.4.1.2	Strategische Projekte.....	33
7.4.2	Jahresziele 2008.....	34
7.5	Stadtrichteramt .....	35
7.5.1	Langfristige Ziele .....	35
7.5.1.1	Schwerpunkte .....	35
7.5.1.2	Strategische Projekte.....	36
7.5.2	Jahresziele 2008.....	36

## Vorwort der Departementsvorsteherin

Ob damals in New York 9/11 und weitere Terrorakte in der westlichen Welt oder ganz aktuell der schwarze Börsenmontag am 21. Januar 2008, ob die Bundesratswahl vom 12. Dezember 2007 oder die bevorstehende EURO 08, oder ganz allgemein die Diskussionen um Klimawandel, Freizügigkeitsabkommen und Pandemierisiko: Wir wissen, dass all dies unsere Gesellschaft massgeblich beeinflusst und verändert – aber oft weiss man erst im Nachhinein, wie sich diese Veränderungen letztendlich auf das Gesamtgefüge auswirken. Wir wissen aber sehr wohl, dass insbesondere die objektive und die subjektive Sicherheit wie auch die Stabilität unseres Gesellschaftssystems sehr stark durch solche Ereignisse geprägt werden und wir in der Lage sein müssen, umgehend darauf reagieren zu können. Deshalb setzt sich das Polizeidepartement mit seinen vier Dienstabteilungen Jahr für Jahr intensiv mit der Umfeldanalyse auseinander, überprüft die vorhandenen Strategien und Schwerpunkte auf ihre Aktualität und nimmt die entsprechende Mittelallokation vor. So ist der vorliegende Strategische Plan nun bereits der siebte seiner Art: Einerseits ein verbindliches Führungsinstrument für das gesamte Kader. Andererseits aber auch Chance und Verpflichtung zugleich, gegenüber Parlament wie auch interessierten Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern Transparenz zu gewährleisten bezüglich unserer politischen Schwerpunkte im Bereich Sicherheit und der dafür aufgewendeten Finanzmittel.



Bürgerinnen und Bürger eines Staates, einer Stadt erwarten zu Recht grösstmögliche Sicherheit im Alltag: Eine möglichst umfassende Sicherheit im Verkehr, bei der Kriminalitätsbekämpfung, beim Schutz der Bevölkerung und bei der Rechtsprechung. Darauf konzentrieren sich die 2600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Polizeidepartements jeden Tag im Jahr, rund um die Uhr. Der vorliegende Strategische Plan soll sie dabei unterstützen.

Die Gesellschaft verändert und entwickelt sich. Wir auch!

*Stadträtin Esther Maurer*

## **1 Vorbemerkung und Übersicht der Systematik der strategischen Planung**

Der Strategische Plan wurde wiederum in einem kaskadenartigen System erarbeitet. Die Dienstabteilungen entwarfen auf ihrer Stufe die Strategischen Ziele und die Jahresziele. In ihrer Klausur vom 7./8. Mai 2007 konsolidierte die Erweiterte Chefkonferenz (Geschäftsleitung) des Polizeidepartements<sup>1</sup> die Vorgaben. Der redigierte Text diente anschliessend den Dienstabteilungen dazu, einerseits auf dieser Grundlage ihre eigenen Ziele herunterzubrechen und andererseits die Ressourcenplanung für den gesamtstädtischen Integrierten Ausgaben- und Finanzplan (IAFP) sowie das Budget 2008 daraus abzuleiten. Die endgültige Version des Strategischen Plans 2008-2012 wurde schliesslich am 1. November 2007 von der Chefkonferenz (Geschäftsleitung) des Polizeidepartements (bestehend aus der Departementsvorsteherin, den Chefs der vier Dienstabteilungen, den beiden Departementssekretären und dem Kommunikationsleiter) verabschiedet. Somit stand der Strategische Plan wiederum bereits im dritten Quartal des Vorjahres für die nächste Periode zur Verfügung. Dadurch soll diesem Instrument auch die Bedeutung zukommen, die es verdient: Es ist in erster Linie ein Werkzeug für die Planung, bis hin zum Zielvereinbarungsgespräch mit den einzelnen Mitarbeitenden im Rahmen des ZBG-Prozesses. Zudem bildet er im Rahmen des departementinternen Controllings aber auch im Sinne des Geschäftsberichtes gegenüber dem Gemeinderat die Basis für die Berichterstattung.

Der Strategische Plan wird das Jahr hindurch mittels eines trimesterweise erfolgenden Reportings auf seine Umsetzung überprüft.

## **2 Umfeld**

Der Ersten Welt, zu der selbstredend auch die Schweiz zählt, geht es vergleichsweise gut. Wirtschaft, Kultur und Bildung sind auf hohem Niveau weitgehend stabil. Aufgabe eines «Polizeidepartements» ist es jedoch, auf Risiken, deren Ursachen und Bewältigungsmöglichkeiten hinzuweisen. Wenn im Folgenden die kritischen Aspekte der gesellschaftlichen Entwicklung im Zentrum stehen, stellt dies kein gesellschaftliches

---

<sup>1</sup> Bestehend aus der Vorsteherin des Polizeidepartements, den Dienstchefs der vier Dienstabteilungen und ihren Stellvertretern, den beiden Departementssekretären, dem Kommunikationsleiter des Departements und der Departementscontrollerin.

Gesamtbild dar; vielmehr wird auf die aus Sicht der Fachleute für die Sicherheit relevanten Themen fokussiert.

## **2.1 Demographisches und soziales Umfeld**

Kriegerische Auseinandersetzungen, Globalisierungstendenzen, knapper werdende Wasserressourcen sowie Bevölkerungswachstum und Armut in Entwicklungs- und Schwellenländern bewirken u.a. einen Migrationsdruck auch auf die Schweiz. Weltweit rechnet man mit rund zwölf Millionen schutzbedürftigen Flüchtlingen und Asyl-suchenden, wobei allerdings sieben von zehn Schutzsuchenden in Entwicklungsländern Asyl finden. Diese Entwicklung hat Einfluss auf die Wirtschaft, die Arbeitswelt und insbesondere die beruflichen Perspektiven von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, und indirekt auch auf die Kriminalitätsraten. Die kontinuierliche Verschärfung des Asyl-gesetzes und die steigende Zahl an abgewiesenen Asylbewerbenden, die untertauchen, verstärken diese Tendenzen zusätzlich. Multikulturalität, Wertevielfalt und -verlust können zu Verständigungsproblemen und Konflikten führen, die gegenseitige Akzeptanz kann nicht von vornherein vorausgesetzt werden, und das Aggressivitätspotenzial zwischen verschiedenen Ethnien ist nicht zu verharmlosen.

Die Kriminalstatistik (KRISTA) zeigt sowohl bei der Anzahl Delikte gegen Leib und Leben als auch bei der Anzahl Delikte gegen die Freiheit Anstiege. Die Entwicklung des prozentualen Anteils von Jugendlichen an der Gesamtzahl der Tatverdächtigen zeigt keine gravierende Erhöhung. Eine beunruhigende Ausnahme bildet das Delikt der schweren Körperverletzung: bei konstant bleibender Gesamtdeliktszahl steigt der Anteil an jugendlichen Tatverdächtigen stark. Dass dieses Phänomen in einem Zusammen-hang mit der erwähnten Jugendarbeitslosigkeit und der damit verbundenen Perspek-tivenarmut der Jugendlichen, die sich bei ausländischen Jugendlichen noch zusätzlich akzentuiert, zusammenhängt, ist zwar zu vermuten, zur Zeit aber nicht durch Studien belegt.

In der Gesellschaft lässt sich eine zunehmende Anonymisierung und Entsolidarisierung feststellen. Oft werden der Gemeinschaftssinn und die gesellschaftliche Solidarität dem Eigennutzen untergeordnet und die Bereitschaft, selber Verantwortung zu übernehmen und sich zum Wohl des Ganzen zu engagieren - gerade auch im Milizamt - sinkt weiter.

Die Individualisierung und die Zunahme von Einpersonenhaushalten birgt die latente Gefahr der Vereinsamung in sich.

Die zunehmende Individualisierung geht einher mit der immer stärker wachsenden Anspruchshaltung an die Leistungen des Staates. Dies führt unweigerlich zu einem Dilemma: Zwar werden immer mehr Aufgaben an den Staat delegiert, doch gleichzeitig werden die Überregulierung und die hohe Staatsquote beklagt.

## **2.2 Politisches Klima und Gesetzesnovellen**

Schliesslich müssen wir uns auch damit auseinandersetzen, dass die Positionen in der Politik sich weiter polarisieren, die politischen Fronten sich zunehmend verhärten, Polemik und Angstmacherei weiterhin gezielt eingesetzt werden, um gewisse politische Ziele zu erreichen und zahlreiche Medien sich gegenüber Boulevardjournalismus und unsorgfältiger Berichterstattung gar nicht mehr abzugrenzen gewillt sind.

Auf kommunaler Ebene kann in der Politik deutlich der Trend festgestellt werden, dass sich die Legislative zunehmend mit eindeutig operativen Bereichen der Verwaltung zu befassen wünscht. Auch wächst ständig der Anspruch auf die Nutzung des öffentlichen Raums für kommerzielle, individuelle Interessen. Dabei kann festgestellt werden, dass zwar der Ruf nach gegenseitiger Toleranz gerade im Zusammenhang mit individuellen Bedürfnissen immer lauter wird, dass aber die Bereitschaft zur Toleranz immer geringer ist.

Die Normendichte – und leider auch die Rechtsverfahren – nehmen ungebremst zu. Im gesetzgeberischen Bereich wichtig sind für die Belange des Polizeidepartements der per 1. Januar 2007 in Kraft getretene revidierte Allgemeine Teil des Strafgesetzbuches (AT StGB) sowie der geplante Erlass einer Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO). Damit verbunden sein wird voraussichtlich die Zunahme der Bedeutung der Dispositions- und der Verhandlungsmaxime (Einführung des sog. "plea bargaining"). Vor allem im Übertretungsstrafrecht ist eine immer stärkere Bedeutung des Opportunitätsprinzips zu beobachten.

Mit der Inkraftsetzung des Polizeiorganisationsgesetzes (POG) des Kantons Zürich und seiner Ausführungsverordnungen per 1. Januar 2006 wurde die jahrelange Unklarheit über die kriminalpolizeiliche Aufgabenverteilung zwischen Kantons- und Stadtpolizei aus

dem Weg geräumt. Das neue POG hat gleichzeitig zur Konsequenz, dass die Stadtpolizei nicht nur eine Gesamtverantwortung trägt im Bereich Betäubungsmittel, Rotlichtmilieu, Jugenddelinquenz und Kinderschutz, sondern dass auch bisher von der Kantonspolizei wahrgenommene Aufgaben im Bereich der Grundversorgung auf die kommunalen Polizeien übertragen wurden. Aufgrund festgestellter Duplizitäten zwischen Kriminaltechnischer Abteilung (KTA) der Kantonspolizei und des Wissenschaftlichen Diensts (WD) der Stadtpolizei wurde im Kantonsrat von FDP, SP und SVP eine Motion eingereicht, wonach der Regierungsrat eine gesetzliche Grundlage vorbereiten solle für eine Zusammenführung der Wissenschaftlichen Dienste unter gemeinsamer Trägerschaft. In der Zwischenzeit oder auch als Alternative dazu streben die politischen Verantwortlichen von Kanton und Stadt den Abschluss eines Leistungsauftrags an. Im Bereich der Grundausbildung haben der kantonale Sicherheitsdirektor und die städtische Polizeivorsteherin anfangs 2007 einen «letter of intent» gemeinsam verabschiedet, der die *betriebliche* Fusion der beiden Polizeiausbildungen vorsieht. Die strategischen Entscheide zu baulichen Vorhaben in Stadt und Kanton Zürich haben gegen Ende des Jahres 2007 dazu geführt, dass auch die *örtliche* Zusammenführung der Grundausbildungen einer näheren Prüfung unterzogen wird mit dem Ziel, gemeinsam die Polizeiausbildung für den gesamten Kanton sicher zu stellen. Nachdem die Organisation der Polizeien im Kanton nun geklärt ist, sollen auch die inhaltlichen Aufgaben und die Einsatzgrundsätze in einem formellen Gesetz geregelt werden. Der regierungsrätliche Entwurf des entsprechenden Polizeigesetzes (PG) wurde in der zweiten Jahreshälfte 2005 vernehmlasst und ist zwischenzeitlich (am 23. April 2007) vom Kantonsrat mit 123:25 Stimmen gutgeheissen. Am 25. Juni 2007 wurde das Referendum mit 3'800 Unterschriften eingereicht. Sobald im Februar 2008 die Volksabstimmung erfolgreich durchgeführt ist, wird der Stadtrat von Zürich seinen Entwurf der neuen Allgemeinen Polizeiverordnung (APV) an den Gemeinderat zur Beratung zu überweisen.

Auch im Bereich der Rettungsorganisationen sind wesentliche Gesetzesnovellen in Vorbereitung. Das neue kantonale Gesundheitsgesetz wird die Zuständigkeiten für die Einsatzzentralen der Sanität (Notruf 144) regeln. In Vorbereitung sind auch ein Zivilschutzgesetz und ein Bevölkerungsschutzgesetz. Schliesslich hat die Gebäudeversicherung des Kantons Zürich (GVZ) ein «Feuerwehrkonzept 2010» ausgearbeitet, das unter anderem bei den Milizfeuerwehren reduzierte Bestände vorsieht und für die

Stützpunkte die Aufgaben teilweise neu definieren will. Das Konzept war bis Ende 2005 in der Vernehmlassung und wird nun überarbeitet.

Wie in anderen Bereichen, ist auch in der Sicherheitspolitik die Tendenz zu beobachten, dass die Gemeinden als letzte Stationen in der Delegationskaskade immer mehr Aufgaben übernehmen müssen. Dies geht aber umgekehrt oft nicht einher mit der Delegation der Kompetenzen. Die Stadt Zürich als Zentrumsstadt mit zentralörtlichen Aufgaben für einen grossen Teil der Schweiz muss sich wehren, im Bund nicht bloss als eine von 2'740 und im Kanton nicht bloss als eine von 171 Gemeinden behandelt zu werden. Aufgrund einer regierungsrätlichen Initiative werden unter Bezugnahme auf die neue Kantonsverfassung neue Formen von Koordination und Zusammenarbeit in Ballungszentren diskutiert.

### **2.3 Extremismus und Kriminalität**

Religiöser Fanatismus gefährdet den Frieden in der ganzen Welt. Beim Extremismus handelt es sich um eine ernst zu nehmende Gefährdung, auch wenn die Wahrscheinlichkeit solcher Aktionen nicht überschätzt werden darf. Die nationale Lagebeurteilung der Gewaltbereitschaft erfordert nach wie vor den Schutz gewisser Botschafts- und Konsulatsgebäude. Das bleibt eine Bundesaufgabe und wird in Zürich bis auf weiteres durch die Armee, neuerdings durch Einheiten der Militärischen Sicherheit wahrgenommen. Vor den Botschaften und Konsulaten in Bern und Genf werden auch Durchdiener und zivile Sicherheitskräfte eingesetzt.

Die linksautonome und die rechtsextreme Szenen sind zwar nicht völlig verschwunden, doch in der Stadt Zürich treten sie nur vereinzelt auf, wobei linksautonome Auftritte deutlich häufiger zu verzeichnen sind als rechtsextreme, welche nur vereinzelt, nicht aber im Rahmen von Kundgebungen anzutreffen sind. Ein neues Phänomen, welches die Polizei vor grosse Herausforderungen stellt, ist der Krawall-Tourismus mit sehr vielen Gafferinnen und Gaffern.

Der hauptsächlich ökonomisch bedingte Migrationsdruck aus Oststaaten hält weiter an. In der Stadt Zürich, vermehrt aber auch in peripheren Gebieten, werden auch Formen von Menschenhandel durch Milieu-nahe und lokal organisierte Gruppen mit teilweise internationalen Vernetzungen betrieben. Aufgrund von Hinweisen besteht der Verdacht, dass häufig ausländische Frauen mit Migrationshintergrund durch falsche Ver-

sprechungen, unter Ausnützung ihrer Notlage und teils durch massive Gewalt – als Zwischenstation – in die lokale Prostitution gezwungen werden. Gesicherte Erkenntnisse dazu fehlen aber in der Regel und es kommt nur selten zu Strafverfahren. Auch der internationale Menschenhandel gehört nach wie vor zu den bevorzugten Gebieten der organisierten Kriminalität. Als Beweis wird das Wachstum der Rotlicht-Branche erwähnt, deren Umsatz in der Schweiz auf jährlich 3,2 Milliarden Franken geschätzt wird. In Zürich ist die Zahl der Prostituierten seit 2003 um ca. 20 Prozent gestiegen.

Die durch die Stadtpolizei im Jahre 2006 durchgeführte Umfrage "Sicherheitsgefühl, Image der Stadtpolizei" bestätigt das teilweise subjektive Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung. Einerseits deckt sich das Unsicherheitsgefühl mit der tatsächlichen Opferdichte (z.B. Kreis 5), andererseits stehen die Ängste in keiner Relation zu den tatsächlichen Opferzahlen in der Bevölkerung (z.B. Kreis 12). Die Resultate der Untersuchung werden auch durch die aufgrund der Opferbefragung erstellte und im Juli 2006 veröffentlichte «Studie zur Kriminalität in Stadt und Kanton Zürich und deren Folgen auf die öffentliche Meinung» des Institut de criminologie et de droit penal der Universität Lausanne bestätigt.

In Zürich entmischen sich manche Quartiere, obwohl die sozialen Unterschiede im Stadtbild weniger sichtbar sind als in anderen Weltstädten. Neben den unverhältnismässig hohen Mietzinsen in einzelnen Zonen, ist auch die objektiv und subjektiv wahrgenommene Kriminalität ein wichtiger Faktor, der die Bildung von Problemgebieten fördert. Eine geringe Kriminalitätsrate aber auch ein gesteigertes subjektives Sicherheitsgefühl bilden die Grundlage für eine positive Quartierentwicklung, der Aufwertung und dem Schutz von Wohngebieten.

## **2.4 Freizeitverhalten, Mobilität und Umwelt**

Die Anzahl von Grossanlässen und Festivitäten ist auf einem hohen Niveau stabil. Zürich ist Partystadt für eine weit gefasste Agglomeration bis hin in den süddeutschen Raum. Dies führt dazu, dass der ursprünglichen "Tagesbevölkerung" der Stadt eine mehr oder weniger gleich grosse Bevölkerungsgruppe "Nachtbevölkerung" gegenüber steht. Dies hat deutliche Auswirkungen auf das Wohnumfeld, die Öffnungszeiten der Betriebe, die Einsatzzeiten und die Personalbestände der Blaulichtorganisationen und

auch auf die Kriminalstatistik. Ist für Parties und die Clubszene das Quartier Zürich-West bereits seit längerem im Trend, so wird sich zuerst weisen müssen, wie sich die neuen Infrastrukturen der im März 2007 eröffneten Grossüberbauung «SihlCity» auf das Freizeitverhalten und auf die Wohnquartiere in der näheren Umgebung auswirken werden. Eine zusätzliche Herausforderung für das Verkehrsmanagement im Süden Zürichs wird die auf 2008/09 vorgesehene Eröffnung des Uetlibergtunnels sein.

Aufgrund des immer häufigeren Auseinanderfallens von Wohn- und Arbeitsort und auch durch das Konsum- und Freizeitverhalten steigt das Bedürfnis nach Mobilität. Ein Viertel aller Autofahrten steht im Zusammenhang mit Einkauf oder Freizeit. Gleichzeitig wird die individuelle Mobilität dank neuer Technologien wie Navigationssysteme oder Abstandsfahrhilfen immer bequemer. Auch wenn die Erdölreserven spärlicher werden und der Benzinpreis phasenweise in ungeahnte Höhen schnellte, hat dies offenbar weniger grosse Auswirkungen auf das Mobilitätsverhalten als allgemein erwartet. Die steigenden Treibstoffkosten beeinflussen das individuelle Mobilitätsverhalten nicht, werden teilweise aber kompensiert durch ökonomischer arbeitende Antriebssysteme. Der motorisierte Individualverkehr hat in der Stadt Zürich zwischen 1995 und 2005 um insgesamt 3% zugenommen; in den nächsten 10 Jahren wird er wiederum in dieser Grössenordnung zunehmen.

Diesem Phänomen ist mit geeigneten Massnahmen zur Entlastung der Ballungszentren entgegen zu wirken. Das Thema Road Pricing wird als Steuerungsinstrument auch in der Schweiz diskutiert: Dabei kann bedingt auf Erfahrungen aus London und Stockholm sowie vor allem den Niederlanden zurückgegriffen werden. Zurzeit werden auf Stufe Bund Voraussetzungen für ein Road Pricing erarbeitet und im Rahmen von Pilotversuchen soll den Städten die Möglichkeit eingeräumt werden, erste Konzepte umzusetzen.

Der Problematik bezüglich Feinstaubwerte beziehungsweise Kohlendioxid-Ausstoss und Ozonbelastung - die je länger je mehr in den Fokus tritt (nicht zuletzt bei einem erhöhten Gesundheitsrisiko insbesondere von Kindern und Betagten) - muss mit dem Umstieg im Mobilitätsverhalten auf den Öffentlichen Verkehr oder aufs Velo begegnet werden; das bedingt auch die Schaffung entsprechender Kapazitäten.

Die Klimaerwärmung führt zu einer Häufung von verheerenden Naturkatastrophen. Global auftretende Krankheiten (SARS, Vogelgrippe) sind konkrete Gefahren für die

Gesundheit. Nachrichten über Katastrophen und Pandemierisiken haben eine diffuse Verunsicherung der Bevölkerung zur Folge.

## **2.5 Technologie**

Internet und Mobiltelefone als Errungenschaften der Technik erleichtern zwar die Information und die Kommunikation, werden aber – gerade weil sie in hohem Masse die Anonymität wahren können - auch von Kriminellen (Stichwort OK, Organisierte Kriminalität) verwendet und dies in einem Ausmass, das es den staatlichen Behörden über weite Strecken unmöglich macht, mit dieser Entwicklung Schritt zu halten.

Gleichzeitig erleichtern neue Technologien (beispielsweise GPS in Rettungsfahrzeugen, mobile Datenkommunikation, vernetzte Funknetze, Induktionssysteme etc.) die Arbeit der Blaulichtorganisationen und des Verkehrsmanagements.

## **2.6 Finanzen**

Die Verknappung der Finanzen (Volatilität der Börse) und der immer härter werdende Verteilungskampf (Stichwort Neuordnung des Finanzausgleichs) führen dazu, dass öffentliche Aufgaben immer mehr vom Bund in die Verantwortung von Kantonen und von diesen zu den Gemeinden geschoben werden. Damit einher geht häufig aber auch eine zusätzliche Belastung der Gemeinden ohne eine entsprechende Abgeltung.

Rechtlich eindeutige Entschädigungen für die Städte scheitern denn oft an der finanzrechtlichen/-politischen Realität des Kantons.

Eine Herausforderung der kommenden Jahre bildet die Anpassung der Rechnungslegung der öffentlichen Hand an internationale Rechnungsstandards. Im Bereich der öffentlichen Verwaltung zeichnet sich ein Trend in Richtung IPSAS (International Public Sector Accounting Standards) ab.

### **3 Veränderungen gegenüber dem Strategischen Plan 2007-2011**

Im Sinne der Konstanz und Vergleichbarkeit wurde die Struktur des Strategischen Plans beibehalten. Die Definition der Zielsetzungen wurde auf das Motto und die Leitlinien des inzwischen vom Stadtrat festgelegten Leitbilds der Stadt Zürich abgestimmt:

**Motto: Wir arbeiten für Zürich.**

Leitlinien:

- Identifikation: Wir arbeiten für Zürich.
- Zusammenarbeit: Wir sind ein Team.
- Kundenorientierung: Wir sind dienstleistungsbewusst.
- Glaubwürdigkeit: Wir sind vertrauenswürdig.
- Verantwortung: Wir sind initiativ.
- Innovation: Wir sind offen für Neues.
- Führung: Wir sind Vorbild.

### **4 Vision des Polizeidepartements**

***«Zürich hält weltweit den Spitzenplatz bezüglich Lebensqualität und Sicherheit rund um die Uhr»***

Die Vision wollen wir engagiert, professionell, vernetzt und partnerschaftlich erreichen. Dabei lassen wir uns durch folgende Prinzipien leiten:

## **5 Leitlinien und Führungsgrundsätze<sup>2</sup> der Departementsvorsteherin: Unsere Mission**

**5.1 Engagement und Zielorientierung** - Wir setzen uns mit unseren Spezialformationen in den Bereichen Polizei, Sanität, Feuerwehr, Zivilschutz, Feuerpolizei, der Dienstabteilung Verkehr und des Stadtrichteramtes rund um die Uhr für den bestmöglichen Schutz und die Sicherheit der Zürcher Bevölkerung ein.

**5.2 Dienstleistungs- und Kundenorientierung** - Wir orientieren die städtischen Sicherheitsdienstleistungen auf allen Stufen vorab an den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich und fördern insbesondere die bürgernahe Sicherheitsarbeit in den Quartieren (Community Policing). In der Orientierung auf Kundinnen und Kunden sind auch neue Wege zu suchen. Strukturen und Arbeitszeiten etc. werden am Kundennutzen gemessen und gehorchen einem hohen Mass an Flexibilität.

Dabei hat vor allem die Polizei eine Doppelrolle zu erfüllen, die auch Widersprüche birgt: Einerseits soll sie – im Sinne des Community Policing – freundliche, hilfsbereite und kompetente Ansprechinstanz für Bürgerinnen und Bürger sein. Andererseits muss sie bei Gesetzesverstössen mit aller Konsequenz intervenieren – was in der Regel nicht als freundlich wahrgenommen wird. Wir nehmen unsere Verantwortung im Dienst an der Gesellschaft wahr und stellen Prävention und Vorsorge als Kernaufgaben aller Dienstabteilungen in den Vordergrund.

**5.3 Verantwortung und Kompetenzen** - Wir setzen politische und betriebliche Zielvorgaben stufengerecht um. Zweckmässige Führungsinstrumente stehen zur Zielformulierung und zur Überprüfung der Zielerreichung und des Erfolgs zur Verfügung.

Wir dezentralisieren und delegieren stufengerecht und soweit als möglich die

---

<sup>2</sup> Hinweis: Diese Grundsätze sind im Rahmen des ZBG (Zielvereinbarungs- und Beurteilungsgespräch)-Prozesses in die individuellen Zielvereinbarungen mit allen Mitarbeitenden des Departements zu integrieren.

Kompetenzen und Verantwortlichkeiten von städtischen Sicherheitsdienstleistungen: Mittels regelmässiger Berichterstattung an die Vorgesetzten und mittels Controlling auf Stufe Departement und Dienstabteilungen gewährleisten wir die politische wie auch die operative Führung.

**5.4 Unternehmenskultur** - Wir gewährleisten die Gleichstellung und Gleichberechtigung von Frauen und Männern durch spezifische Förderung des jeweils unterrepräsentierten Geschlechts in Kaderpositionen.

Wir nehmen gegenseitig Rücksicht.

Wir zeigen eine hohe Sozialkompetenz, gehen souverän mit Fehlern um und ermöglichen einen kontinuierlichen Lernprozess aller.

**5.5 Mitarbeiterzufriedenheit** - Wir steigern Motivation, Verantwortung und Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Stufen. Indem wir Verantwortung delegieren, Spielräume geben und Perspektiven aufzeigen bauen wir für alle Hierarchiestufen ein motivierendes Arbeitsklima auf.

Wir fördern den offenen Erfahrungsaustausch und das innovative Denken aller Mitarbeitenden. Die Bereitschaft, auch über den eigenen Aufgabenbereich hinaus zu denken, soll sich lohnen.

Wir stellen auf Stufe Departement und Dienstabteilungen ein professionelles Personalmanagement sicher, das die persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten fördert, die individuelle Aus- und Weiterbildung in angemessenem Rahmen unterstützt sowie eine differenzierte und gerechte Mitarbeiterbeurteilung durch individuelle Zielvereinbarungen ermöglicht.

Wir mildern mit gezielter Ausbildung, mit Betreuung und mit geeigneten Anlaufstellen in den Dienstabteilungen die Auswirkungen von Gewalt und Drohung gegen Mitarbeitende und setzen alles daran, sie zu reduzieren. Wir erreichen mit einem gut integrierten Case Management, dass kranke und verunfallte Mitarbeitende sich möglichst schnell wieder in den Arbeitsprozess eingliedern können und dass sich Invalidisierungen verhindern lassen

**5.6 Kommunikation und Informationsaustausch** - Wir kommunizieren nach innen und aussen auf der Basis von Transparenz, Glaubwürdigkeit und Dialog. Kommunikation ist eine Aufgabe der Führungskräfte aller Stufen. Wir informieren rechtzeitig, wahrheitsgetreu und offen, um Vertrauen bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wie auch bei der Bevölkerung und bei den Medien zu schaffen. Um in allen Tätigkeitsfeldern von den Besten zu lernen (best practice), pflegen wir mit anderen Städten im In- und Ausland einen intensiven Erfahrungsaustausch.

Wir stellen die optimale Bewältigung auch schwieriger Situationen sicher dank einer partnerschaftlichen und eng vernetzten Arbeit der städtischen Sicherheitsorgane und aller involvierten Dienststellen untereinander und zusammen mit anderen Gemeinden, dem Kanton und dem Bund.

**5.7 Ressourcen** - Wir konzentrieren unsere Kräfte auf das Wesentliche, vermeiden Verzettelungen der personellen und finanziellen Ressourcen, gehen mit diesen sorgfältig um und fördern die Kostensensibilisierung auf allen Stufen.

Vorteile, die sich mit der Anwendung neuer Technologien zur Optimierung der Verkehrssteuerung, zur Stärkung der Prävention, zur Verkürzung der Interventionszeiten, zur wirksameren Verbrechensbekämpfung und für den Einsatz der Schutz- und Rettungsdienste sowie für den Kontakt mit den Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben können, nutzen wir konsequent; das bedingt sowohl fachliche Kompetenz als auch visionäres Denken.

## **6 Strategische Ziele des Polizeidepartements**

Die übergeordneten Ziele des Stadtrates sind die wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit, die Gleichstellung von Frauen und Männern und eine effiziente, prozessorientierte und schlanke Verwaltung, die dienstleistungsorientiert und bürgernah ist. Diese Ziele fliessen auch in die Strategie des Polizeidepartements für die Planjahre 2008 bis 2012 ein.

Da sich das Umfeld durch zunehmende Komplexität und eine beschleunigende Dynamik der Veränderung charakterisiert, die Bevölkerung sich zunehmend heterogener zusammensetzt und die Ansprüche an die städtischen Sicherheitsorgane entsprechend ansteigen, wird im Planungszeitraum eine Veränderungsstrategie verfolgt, die auf folgenden drei Erfolgspositionen aufbaut:

## **6.1 Erfolgspositionen**

### **6.1.1 Am Bürgernutzen orientiertes Dienstleistungsangebot**

Das Polizeidepartement stellt ein bevölkerungsnahes und qualitativ hochstehendes Angebot an städtischen Sicherheitsdienstleistungen sicher, welches das Vertrauen der Bevölkerung in die städtischen Sicherheitsleistungen kontinuierlich fördert. Der Bürgerin und dem Bürger soll im Bedarfsfall professionell, rasch, und umfassend geholfen werden. Die Festlegung des Leistungsangebots des Polizeidepartements und seiner Dienstabteilungen orientiert sich deshalb primär an den positiven Wirkungen auf die Bevölkerung. Um den berechtigten Bedürfnissen der Bevölkerung rasch entsprechen zu können, sind die Organisationen und Abläufe flexibel zu gestalten und Kompetenzen und Autonomie weitgehend an die "Front"-Organisationen zu delegieren. Der Bevölkerungsnutzen aller Tätigkeiten wie auch der Organisationsstrukturen soll kontinuierlich überprüft und im Bedarfsfall optimiert werden.

### **6.1.2 Anpassung an Umweltveränderungen durch hohe Flexibilität der Sicherheitsleistungen und moderne Führungsinstrumente**

Zur verbesserten Leistungs- und finanziellen Steuerung der städtischen Sicherheitsdienstleistungen sind Führungsinstrumente zu entwickeln und umzusetzen, die eine politische und administrative Steuerung und eine flexible Anpassung an sich verändernde Rahmenbedingungen ermöglichen. Dabei ist eine effiziente Aufgabenerfüllung zu gewährleisten, indem städtische Sicherheitsdienstleistungen transparent und mit messbaren Zielvorgaben definiert werden.

Community Policing (d.h. eine bürgernahe, optimale Vernetzung und Einbettung der Polizeiarbeit) einerseits und andererseits eine hochprofessionelle und kompetente Stadtpolizei, die konsequent eingreift und Grenzen zu setzen vermag, gehören gleicher-

massen dazu und müssen im Gleichgewicht sein. Die Polizei schafft sich Akzeptanz und Vertrauen der Bevölkerung.

Das Polizeidepartement muss gewährleisten, dass die neuen Stadtteile mit gleich hohem Standard für alle Sicherheitsdienstleistungen abgedeckt werden. Das bedingt eine entsprechende Struktur und einsatzorientiertes, ausgebildetes Personal.

Dasselbe gilt für die Bewältigung der Herausforderungen im Bereich gesteigerter Mobilitätsbedürfnisse. Die Entwicklungsgebiete der Stadt Zürich und die wachsenden Agglomerationen rund um Zürich sowie das Freizeitverhalten der Bevölkerung führen zu zunehmendem Verkehr und dichteren Pendlerströmen. Dies verlangt weiterhin nach zukunftsorientierten Lösungen des Verkehrsmanagements, um einen Kollaps zu verhindern.

Zur Bewältigung der Herausforderungen im Bereich gesteigerter Mobilitätsbedürfnisse hat die Dienstabteilung Verkehr unter Berücksichtigung der Verkehrssicherheit (insbesondere zu Gunsten der schwächsten Verkehrsteilnehmenden: den Kindern, Behinderten und älteren Personen) geeignete Wege zu suchen.

Den zunehmenden Sicherheitsherausforderungen soll durch eine weitere Professionalisierung der Katastrophenvorsorge und -bewältigung (KATA-Organisation) begegnet werden: Die Bewältigung besonderer Lagen ist schwerpunktmässig zu planen und zu üben.

### **6.1.3 Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber**

Durch zukunftsgerichtete und moderne Berufsbilder sollen die persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Polizeidepartements gefördert werden. Die laufenden Modernisierungen in den Bereichen Stadtpolizei sowie Schutz- und Rettungsdienste sollen nicht nur zu bevölkerungsnäheren Organisationen und Abläufen führen, sondern auch die Attraktivität der Arbeitsinhalte für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöhen. Die Durchlässigkeit zwischen den Dienstabteilungen und deren Abteilungen soll erhöht werden.

## 6.2 Langfristige Ziele<sup>3</sup>

- Re-Design KATA-Bewältigung

Die Organisation der Bewältigung von Grossereignissen ist mit Inkrafttreten der neuen Struktur auf den 1. Januar 2008 den geänderten Rahmenbedingungen angepasst und aufgrund bisheriger Erfahrungen schlagkräftiger ausgestaltet worden. Mit dem neuen «Führungsstab Stadt Zürich (FSZ)» wird die permanent hohe Qualität und Professionalität der Krisenorganisation beibehalten. Dank einer mehrstufigen Kategorisierung von Alltagsereignissen bis hin zu Katastrophen können massgeschneiderte Strukturen vorbereitet werden. Es geht nun bei der Implementierung vor allem um die Bereitstellung eines Pools von polyvalent einsetzbaren Gesamteinsatzleitern (GEL), die eine rasche und koordinierte Intervention garantieren. Einzuspielen sind die Schnittstellen zu anderen Krisenstäben (z.B. Pandemiestab) der Stadtverwaltung sowie die Vernetzung mit Organisationen von Bund und Kanton. Nötig sind regelmässige Ausbildungen und Übungen; dabei ist auch die Zusammenarbeit mit der Armee ins Auge zu fassen.

- Führungsinfrastruktur

Im ersten Quartal 2008 wird die neue Einsatzzentrale der Stadtpolizei im Amtshaus I in Betrieb genommen. Sie wird mit der bereits im Sommer 2005 implementierten gemeinsamen Einsatzleitzentrale von Feuerwehr und Sanität an der Weststrasse vollständig kompatibel sein. Damit wird das Ziel von zwei Einsatzzentralen an getrennten Standorten, aber mit gemeinsamem System erreicht sein. Zudem ist im Amtshaus I eine neue, zeitgemässe Führungsinfrastruktur für den Alltag, für die Bewältigung von

---

3 Am 6. September 2006 hat der Stadtrat die Ziele und Strategien für die laufende Amtsperiode festgelegt. Als Legislaturschwerpunkte 2006-2010 wurden fünf Themen definiert:

- (1) Allianzen schaffen - Politik über die Grenzen hinaus
- (2) Planen und bauen für die Stadt von morgen
- (3) Jugend in Zürich: Freiräume, Arbeit und Sicherheit
- (4) Nachhaltige Stadt Zürich - auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft
- (5) Die Stadt Zürich: kundenorientiert, initiativ und kompetent

Aus allen Legislaturschwerpunkten (LSP) ergeben sich Implikationen auf die langfristigen Ziele des Polizeidepartements. Beteiligt ist das Polizeidepartement insbesondere in den LSP (3) und (5); vgl. dazu hinten 7.1.1.2.

vorhersehbaren und unvorhersehbaren Grossereignissen sowie namentlich auch für den Kata-Fall bereit zu stellen.

- Ausbildungszentrum Rohwiesen

Der Aus- und Neubau des ehemaligen Zivilschutzentrums Rohwiesen zu einer eigentlichen «Sicherheitsakademie» soll die Ausbildungen aller Berufe und aller Milizfunktionen im Blaulichtbereich unter einem Dach vereinen. Das neue Zentrum etabliert sich als Lehrstätte für alle Sicherheitsberufe und hat ein Renommée weit über die Stadtgrenzen hinaus. Das Kompetenzzentrum soll durch Partnerschaften Synergien gewinnen und mit einem breiten Angebot an Kursen eine führende Stellung erreichen. Vorzusehen ist auch die Schulung von Externen im Sinne der Prävention (Brandschutz in Altersheimen/Schulen; Feuerpolizei im Architekturstudium; Kriminalberatung an Hochschulen; ...). Nicht zu kurz kommen darf schliesslich die Aus-/Weiterbildung der Mitarbeitenden des Departements (Führungsverständnis, Sprachen, Verständnis für Kulturen etc.). Der Antrag für den Projektierungskredit zuhanden des Gemeinderates ist vorbereitet. Vorfrageweise ist allerdings die Anfrage des Regierungsrates zu klären, ob nicht auch die Ausbildungsinfrastruktur für die Kantonspolizei ins neue Zentrum integriert werden könnte. Diese Idee entspräche den Vorgaben des Bildungspolitischen Gesamtkonzepts der KKJPD, welches für die Polizeien im Kanton Zürich eine gemeinsame Grundausbildung vorsieht.

- Geographisches Informationssystem (GIS)

GIS bietet eine georeferenzierte Basis für sämtliche einsatzrelevanten Planungen zur Optimierung der Interventionszeiten von Polizei, Feuerwehr und Sanität, für die Lagedarstellungen im Einsatz sowie für die statistische Aufarbeitung von Einsatzdaten.

- EURO 08

Mit der Gastgeberrolle der Schweiz für die Fussballeuropameisterschaften UEFA EURO 2008<sup>TM</sup> im Juni 2008 (EURO 08) kommt auf die Host Cities Basel, Bern, Genève und Zürich eine logistische Herausforderung von noch nie da gewesenem Ausmass zu. Das Polizeidepartement setzt alles

daran, um eine mustergültige Abwicklung der Fussballeuropameisterschaften sicherzustellen. Dazu gehören die Unterstützung des Gesamtprojektverantwortlichen, die Abwicklung des Verkehrsmanagements, die Garantie der polizeilichen Sicherheit, das Bereitstellen der Rettungskräfte, die Unterstützung bei der Infrastruktur, das Erteilen der gewerblichen Bewilligungen etc. Das Departementssekretariat stellt die departementsinterne Koordination und die Schnittstelle zum EURO 08-Delegierten des Stadtrates sicher. Bei allen Ressourcen soll darauf hingewirkt werden, dass eine positive Wirkung für die Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner, aber auch für die Dienstabteilungen des Polizeidepartements über die EURO hinaus erhalten bleibt.

Die Dienstleistungen des Polizeidepartements tragen alles dazu bei, um dem Slogan «Wir leben Zürich» gerecht zu werden und lassen die EURO 08 für Gäste und für die Zürcher Bevölkerung zum unvergesslichen Fussballfest werden.

- Umsetzung neuer übergeordneter Normen

Es gilt, organisatorische und personelle Anpassungen an neue Gesetze und insbesondere an neue Aufgabenabgrenzungen zwischen Kanton und Stadt im Polizeidepartement zu implementieren. Im Vordergrund stehen dabei die Verkehrssteuerung, das Polizeigesetz (PG) und die dazugehörigen Verordnungen sowie die damit im Zusammenhang stehenden Vorschriften auf kommunaler Ebene (z.B. Verrechnung Polizeieinsatz), die Schweizerische Strafprozessordnung (StPO) den neuen Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches (AT StGB), das Konzept «Feuerwehr 2010», das Zivilschutzgesetz und das Bevölkerungsschutzgesetz.

- Standortbestimmung und Evaluation der erfolgten Neuausrichtungsprozesse und der daraus entstandenen neuen Strukturen der Dienstabteilungen

Im Rahmen der abgeschlossenen Neuausrichtungsprozesse (Stapo 200X; Gründung DAV; SRZ 2010) ist eine Standortbestimmung des Departements und der Dienstabteilungen vorzunehmen. Dabei gilt es, die gesteckten Ziele am erreichten Bürgernutzen zu messen. Soweit sinnvoll,

soll die Organisationsstruktur in den Dienstabteilungen des Departements harmonisiert und das Ausschöpfen von Synergien in Querschnitt-Themen erreicht werden. Bei weiteren geplanten Änderungen ist ein verkraftbares Tempo zu beachten und eine rechtzeitige Kommunikation sicherzustellen.

### 6.3 Jahresziele 2008

- Städtisches Lohnsystem (SLS)

Das gesamtstädtische Projekt «Strukturelle Besoldungsrevision 3000 (SBR 3000)», neu «Städtisches Lohnsystem (SLS)», ist abgeschlossen. Rekurse betreffend Neupositionierungen sind erledigt und die erstmalige Runde der lohnrelevanten Qualifikation ist im ganzen Polizeidepartement erfolgreich durchgeführt.

- Case Management

Das Kompetenzzentrum «Case Management» hat sich departementsintern etabliert und erbringt im Rahmen der Aufgabenstellung Dienstleistungen mit einer hohen Akzeptanz bei betroffenen Mitarbeitenden, bei den Personaldiensten und bei den Linienvorgesetzten.

- Führungsmodell des Stadtrates

Das Projekt «Führungsmodell» des Stadtrates ist erfolgreich zu begleiten. Dazu gehören auch Beiträge durch Mitarbeitende des Departements in den zahlreichen Subprojekten.

Das Departementssekretariat und alle Dienstabteilungen werden namentlich durch die geplante stadtweite Einführung von SAP (Rechnungswesen, HR) herausgefordert.

- Raumstrategie

Die kurz-, mittel- und langfristigen Raumbedürfnisse aller Dienstabteilungen sind zuhanden des gesamtstädtischen Projekts «Zürich baut gut und günstig» zu definieren. Die Planung der Neu- bzw. Umbauten des Amtshauses I, des Ausbildungszentrums Rohwiesen, des Polizeigebäudes Förrlibuck, der Wache für die Wasserschutzpolizei, der Anforderungen

eines Stützpunkts Nord auf dem Flughafengelände, des Werkhofs der Dienstabteilung Verkehr etc. ist an die Hand zu nehmen.

- Allgemeine Polizeiverordnung (APV)

Dem Stadt- und dem Gemeinderat ist eine Totalrevision der APV vorzulegen.

- Projektportfolio

Die wichtigen Projekte des Polizeidepartements und seiner Dienstabteilungen sind in einer Übersicht zu führen und periodisch auf ihren Fortschritt und Erfolg zu kontrollieren.

## **7 Zusammenfassung der Ziele des Departementssekretariats und der Dienstabteilungen**

(basierend auf der Departementsstrategie; definiert durch die Dienstchefs)

### **7.1 Departementssekretariat**

#### **7.1.1 Langfristige Ziele**

##### **7.1.1.1 Schwerpunkte**

Grundsätzliche Aufgabe des Departementssekretariats ist es, die Departementsvorsteherin bei der Geschäftsführung zu unterstützen. Als Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung hat das Departementssekretariat beide Interessen im Auge zu behalten und den Ausgleich zu suchen. Die breite politische Thematisierung städtischer Anliegen in der Sicherheitspolitik soll mit einer transparenten, sachlichen und aktiven Kommunikation unterstützt werden.

##### **7.1.1.2 Strategische Projekte**

- Langstrasse Plus

Die Zufriedenheit der Bevölkerung in Bezug auf Lebensqualität ist weiter zu steigern und ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Interessen ist zu schaffen. Dazu gehören die Erhöhung des subjektiven Sicherheits-

empfindens, die Stabilisierung und mittelfristige Reduktion der Straftaten und die Verminderung der Verkehrsbelastung. Das Angebot und die Art der Gewerbebetriebe ist deshalb qualitativ zu verbessern (Gewerbemarketing, Langstrassenkredit, Kulturauftritte). Die gelegentliche Überführung der Aufgabe in die Linie wird vorbereitet.

- «Rotlicht» - Prostitution und Menschenhandel

Bis im Herbst 2008 soll eine gesamtstädtische Strategie für eine Verbesserung der aktuellen Situation und eine nachhaltige Steuerung des Rotlichtmilieus zur Wahrung der Lebensqualität und des Schutzes der Bevölkerung, des Gewerbes sowie der Gesundheit aller Betroffenen vorliegen.

- «Nachtstadt» - Auswirkungen des liberalisierten Gastgewerbegesetzes auf die Sicherheitslage

Mit dem departementinternen Projekt werden folgende Ziele verfolgt:  
Positive Sicherheitsentwicklung (Rückgang der im Zusammenhang mit den Gastwirtschaften stehenden Delikten im Bereich der Bringkriminalität (Körperverletzungen, Gewalt und Drohung, Verkehrsunfälle) in den Nachtstunden)

Steigerung des subjektiven Sicherheitsempfindens in Gebieten mit einer hohen Dichte der Gastwirtschaften mit hinausgeschobener Schliessungsstunde (gemäss städtischen Bevölkerungsumfragen)

Verhinderung der Verlagerung negativer Auswirkungen auf das gesamte Stadtgebiet

Schaffung von neuen rechtlichen Möglichkeiten.

- LSP 3 Jugend in Zürich: Freiräume, Arbeit und Sicherheit

Zusammen mit dem Schul- und Sportdepartement und dem Sozialdepartement werden die Massnahmen gegen die Jugendkriminalität koordiniert und unterstützt. In einer ersten Phase sollen u.a. Kinder und Jugendliche in einem Projekt «Gewalt bei Sportveranstaltungen» erreicht werden.

- LSP 5 Die Stadt Zürich: kundenorientiert, initiativ und kompetent  
Einzelne Bewilligungsverfahren der Feuerpolizei und der Stadtpolizei werden mit Einbezug der Kundensicht und der Handlungsspielräume der involvierten Mitarbeitenden untersucht und wenn möglich vereinfacht.
- Integration Rettungsorganisationen Unique (Flughafen Zürich AG) in der Dienstabteilung Schutz & Rettung Zürich  
Das per 1. Januar 2008 vereinbarte Insourcing der Rettungsorganisationen von Unique und die gleichzeitige Errichtung des Stützpunkts Nord auf dem Flughafen werden während der Einführungsphase (bis Ende 2008) projektmässig begleitet. Die Projektleitung rapportiert direkt der Polizeivorsteherin.

### 7.1.2 Jahresziele 2008

- Verhältnis zu Dienstabteilungen (interne Kunden)  
Der Überblick und die Koordination über die laufenden Geschäfte und Projekte innerhalb des Departements wird verbessert.  
Der Stab leistet seinen Beitrag, um die Verbindlichkeit der Führung der Dienstabteilungen durch die Departementsleitung zu stärken.
- Mitarbeitende  
Fachkompetenzen und Eigenverantwortung der Mitarbeitenden des Departementssekretariats sind durch die stufengerechte Delegation von Aufgaben anzuerkennen und zu stärken.  
Das vorhandene Potential ist vermehrt auszunützen.  
Die Projektleitung SUS wird im Departementsstab integriert.
- Prozesse  
Die internen Betriebsabläufe werden dokumentiert, optimiert und wo möglich noch weiter gestrafft.  
Die Anpassung an die neuen Technologien wird permanent überprüft.

- Infrastruktur

Die durch die Stadtkanzlei evaluierte Software wird für die Geschäftskontrolle eingeführt.

Einführung von SAP und neuem Büroarbeitsplatz.

## **7.2 Stadtpolizei**

### **7.2.1 Langfristige Ziele**

#### **7.2.1.1 Schwerpunkte**

- Finanzen

- Schaffung einer transparenten und nachvollziehbaren Budget- und Leistungsübersicht (Cockpitzahlen).
- Die finanziellen Mittel für einen den Aufgaben angepassten Personalbestand sind sicherzustellen.
- Eine Zusammenarbeit mit anderen Blaulichtorganisationen zur Auslastung von teuren Infrastrukturen ist zu fördern.

- Bevölkerung/Kundschaft

- Die Stapo erreicht durch dezentrale und schlanke Strukturen eine kurze Reaktions- und Interventionszeit und eine hohe sichtbare Präsenz. Dies führt zu einer grossen Kundennähe und zu einem hohen Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.
- Die Kundenzufriedenheit wird durch die laufende Beobachtung des Beschwerdemanagements sowie durch periodische Umfragen erhoben und ausgewertet.
- Die Serviceleistungen werden durch den Einsatz von E-Government erhöht.
- Der Präventionsarbeit wird ein hoher Stellenwert zugemessen.

- 
- Die soziodemographische Entwicklung von Stadtquartieren wird laufend analysiert. Entsprechende Massnahmen werden frühzeitig getroffen.
  - Mitarbeitende
    - Die Stadtpolizei ist als attraktive Arbeitgeberin im Markt positioniert. Vorzüge: Gute Aus- und Weiterbildung, abwechslungsreiche Arbeit, Entwicklungs- und Laufbahnmöglichkeiten. Durch marktgerechte Anstellungsbedingungen werden die qualifizierten personellen Ressourcen sichergestellt.
    - Die transparente Kommunikationskultur im internen Bereich wird weiter entwickelt, um das Vertrauen der Mitarbeitenden zu stärken.
    - Die Grundsätze der Führungskultur werden weiter entwickelt. Dabei wird die Führungsarbeit der Kader aller Stufen verbessert.
    - Vision Polizist der Zukunft: Es wird eine zukunftsgerichtete Definition der Anforderungen an Führungskräfte und Mitarbeitende erstellt.
    - Die Motivation der Mitarbeitenden wird durch einen verstärkten Informationsaustausch und durch mehr Frontnähe der Führungskräfte verbessert.
    - Durch die neu definierte und laufend aktualisierte Aus- und Weiterbildung wird ein hoher Ausbildungsstand und damit eine hohe Arbeitsqualität und Professionalität erreicht.
    - Die betriebliche Gesundheitsförderung und das Case-Management haben einen hohen Stellenwert.
  - Prozesse
    - Es wird eine zukunftsgerichtete Strategie Bauten definiert, die sich an der Stadtentwicklung zu orientieren hat. Die Baustrukturen sollen den Arbeitsabläufen und der Nachfrage angepasst werden.
    - Die für einen effizienten Betrieb notwendige Anzahl EDV-Arbeitsplätze für die Mitarbeitenden wird sichergestellt. Die EDV-Infrastruktur wird dem neuesten Stand angepasst.

- Die tägliche Arbeit an der Polizeifront wird den Mitarbeitenden durch eine moderne technische Ausrüstung erleichtert.
- Die Zusammenarbeit mit andern Gemeinden im polizeilichen Bereich wird geprüft.
- Die hohe Qualität der Leistungen und Produkte des Wissenschaftlichen Diensts (WD) und des wissenschaftlichen Forschungsdiensts (WFD) ist aufrecht zu erhalten und auszubauen. Es sind Partnerschaften zu suchen und Leistungsverträge abzuschliessen. Damit sollen WD und WFD auch mittelfristig ein überregionales Kompetenzzentrum darstellen.
- Die Katastrophenorganisation ist unter integralen Gesichtspunkten (Zusammenarbeit, Synergien) den neuen Strukturen von Schutz&Rettung (SRZ) und Stadtpolizei angepasst. Die neu eingeführten Prozesse werden eingeübt, konsolidiert und nötigenfalls justiert.

#### **7.2.1.2 Strategische Projekte**

- Entwicklungsgebiete: Auswirkungen auf die Polizeiarbeit (Zürich-Nord und Zürich-West)
- Sicherheitsakademie Rohwiesen: Gemeinsame Aus- und Weiterbildung der Blaulichtorganisationen der Stadt Zürich und weiteren Gemeinwesen
- Einführung des neuen digitalen Funknetzes Polycom

#### **7.2.2 Jahresziele 2008**

- Finanzen
  - Ein umfassendes Controllingssystem (insbesondere Leistungserfassung sowie Zeit-, Beschwerde- und Einsatzmanagement) ist eingeführt.
  - Der Soll-Personalbestand wird aufgrund der aktuellen und künftigen Aufgaben neu berechnet.

- Bevölkerung/Kundschaft
  - Die Sicherheit an der EURO 08 wird auf hohem Niveau gewährleistet.
  - Die Erhebung der Kundenzufriedenheit und der Kundenbedürfnisse ist erfolgt. Die Ergebnisse sind interpretiert und bilden Bestandteil der Zielsetzungsprozesse.
  - Das interdepartementale Präventionsgremium ist unter der Federführung der Stadtpolizei operativ.
- Mitarbeitende
  - Nach der Einführung des Städtischen Lohnsystems (SLS) sind sämtliche Mitarbeitende korrekt positioniert.
  - Die auf gegenseitiger Wertschätzung basierende Kommunikationskultur wird weiter gefördert.
  - Das gesamtheitlichere Denken auf allen Stufen und die Identifikation der Mitarbeitenden mit der Stadtpolizei werden weiter verankert.
  - Die Einführung der betrieblichen Gesundheitsförderung und des Projekts Burnout bewirkt eine prozentuale Reduktion der Absenzen beziehungsweise eine beschleunigte Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess.
- Prozesse
  - Die Quartierwachenstandorte und -öffnungszeiten sind aufgrund einer Analyse der bekannten Faktoren optimiert.
  - Das eingeführte Schichtdienst-Arbeitszeitmodell AZM-Flex Profi ist optimiert.
  - E3 steht als Einsatzplanungstool voll zur Verfügung.

## 7.3 Schutz & Rettung

### 7.3.1 Langfristige Ziele

#### 7.3.1.1 Schwerpunkte

- Ausrichtung von Schutz & Rettung Zürich durch das Konzept SRZ 2010 auf die zukünftigen Herausforderungen  
Schutz & Rettung Zürich muss gewährleisten, dass die neuen Stadtteile mit gleich hohem Standard für alle Sicherheitsdienstleistungen abgedeckt werden. Das bedingt eine entsprechende Struktur sowie angepasste Ausbildungsmodulare. Den zunehmenden Sicherheitsanforderungen soll durch eine weitere Professionalisierung der Katastrophen-Organisation begegnet werden. Die Bewältigung besonderer Lagen ist schwerpunktmässig zu planen und zu üben.
- Ausbildung  
Die Ausbildung des neuen Berufsbildes «Berufsretter/in» (Kombination von Feuerwehr- und Sanitätskompetenzen) wird konsolidiert und der polyvalente Einsatz mittels Qualitätssicherungssystem überprüft. Die Erkenntnisse entscheiden über notwendige Anpassungen. Eine Weiterführung der Berufsretterausbildung wird angestrebt.
- Informatik  
Vereinheitlichung der EDV-Plattform und der Umsetzung eines Informatik-Gesamtkonzeptes; Einführung ERPplus.
- Stützpunktkonzept  
Durch die Übernahme der Rettungsorganisationen der Unique (Flughafen Zürich AG) verfügt SRZ über einen Stützpunkt Nord und das Einhalten der Hilfsfristen von Feuerwehr und Sanität in den nördlichen Stadtquartieren (Affoltern, Seebach, Oerlikon, Schwamendingen) wird langfristig sichergestellt.

### 7.3.1.2 Strategische Projekte

- SUS (Synergien Unique Schutz & Rettung)  
Übernahme der Rettungsorganisationen Unique (Flughafen Zürich AG).  
Der Standort Flughafen bildet den neuen Stützpunkt Nord. Vgl. auch vorne Ziff. 7.1.1.2.
- Sicherheit für SeniorInnen  
Realisierung des Projektes Sicherheitsangebot für alleinstehende Seniorinnen und Senioren in Zusammenarbeit mit den Betroffenen, um die rasche Unterstützung durch die Rettungsdienste in Notfällen zu optimieren und um das Sicherheitsgefühl von alleinstehenden Seniorinnen und Senioren zu steigern.
- Medizinische Notfall-Plattform  
Prüfung in Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft und dem Gesundheits- und Umweltschutzdepartement, ob das Ärztelefon (Vermittlung des ärztlichen Notfalldienstes) mittel- bis langfristig in die Einsatzleitzentrale von Schutz & Rettung integriert werden soll.
- Controlling & Qualitätsmanagement  
Überprüfung des Qualitätsmanagements nach dem Modell EFQM (European Foundation for Quality Management).

### 7.3.2 Jahresziele 2008

Die Schwerpunkte der Jahreszielsetzung 2008 bilden die beiden Projekte Integration der Rettungsdienste Flughafen Zürich (SUS) und EURO 08.

#### Personal

- Personalprozesse
  - Führungsinstrumente (ZBG inkl. Lohnsteuerung) sind über SRZ stufengerecht eingeführt und angewendet.
- Personalentwicklung
  - Umsetzung des detaillierten Personalentwicklungskonzepts aus dem Jahr 2007
  - Definition und Umsetzung von Massnahmen aus der Personalumfrage 2007

### Führung und Leadership

- Führung:
  - Leadership-Seminare für mittleres und unteres Kader mit den Schwerpunkten Führungsverständnis, -Rhythmen und -Leitsätze (Fortführung der Führungsausbildung aus dem Jahr 2007)
- Projektkultur:
  - Einheitliches Projektmanagement über SRZ, interne Weiter- und Fortbildung für Projekt- und Teilprojektleiter

### Organisationsentwicklung und Betrieb

- 3K-Strategie 2010
  - Nachführung des strategischen Plans SRZ (Kunden, Kompetenzen, Konzentration), Erweiterung um Themen der Flughafenrettungsorganisationen
- Offizierslehrgänge
  - Erhebung der Ausbildungsanforderungen für Profi-Offiziere und Entwicklung von Ausbildungsmodulen

### Qualität und Finanzen

- Finanzführung
  - Einführung der Kostenrechnung auf SAP sowie Installation eines regelmässigen Reportings (Nutzung von Kennzahlen als Steuerungsinstrumente)
- Prozesse und Kennzahlen
  - Aufbau eines Managementsystems nach ISO 9001/2000 (Zertifizierung SRZ im Frühjahr 2009)

### Externe Anspruchsgruppen

- Kunden- und Partner-Pflege:
  - Erarbeitung und Umsetzung eines strukturierten Kunden- und Partnerpflegekonzepts für SRZ
- Projekt EURO 08:
  - Vorbereitung auf die EURO 08 gemäss Projekt-Masterplan (inkl. Nachbearbeitungskonzept)

## 7.4 Dienstabteilung Verkehr

### 7.4.1 Langfristige Ziele

#### 7.4.1.1 Schwerpunkte

- Gewährleistung eines vorbildlichen Verkehrsmanagements

Die Dienstabteilung Verkehr ist dafür besorgt, dass die Stadt Zürich auch künftig über ein vorbildliches Verkehrsmanagement verfügt. Das Fachwissen der Mitarbeitenden ist laufend zu verbessern und nutzbar zu machen. Die Projektleiter sind insbesondere im Bereich Konzeption zu schulen. Das heutige Verkehrsmanagement soll permanent verbessert werden, flankierend dazu ist ein modernes Verkehrsinformationssystem aufzubauen.

- Mitarbeit bei Verkehrsprojekten

In allen Verkehrsprojekten sollen die Anliegen des Verkehrsmanagements proaktiv eingebracht werden. In den Entscheidungsprozessen für Verkehrsprojekte soll die Position der Projektleiter der Dienstabteilung Verkehr verstärkt werden.

- Verkehrsmanagement Schweiz (VM-CH) – Regionale Leitzentrale Verkehrsraum Zürich (RL-VRZ)

Im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) wird der Bund zukünftig für das Verkehrsmanagement auf den Nationalstrassen zuständig sein. Ansprechpartner des Bundes sind die Kantone, welche aufgefordert sind mit den Städten ihrer Regionen zusammen zu arbeiten. Die Stadt Zürich nimmt bei diesem Thema eine spezielle Situation ein. Zum einen ist sie mit der angrenzenden Agglomeration durch Verkehrsmanagementpläne (VMP) für die Alltagsmobilität seit Jahren bestens vernetzt und zum anderen berücksichtigen die VMPs die Priorisierung des öffentlichen Verkehrs und das Offenhalten der Interventions- und Rettungswege. Innerhalb dieses Projektes erarbeitet die Stadt Zürich, zusammen mit dem Kanton Grundsätze für die Leitzentrale in der Region Zürich, die den Interessen der Stadt Zürich entsprechen.

### 7.4.1.2 Strategische Projekte

- Trendscanning  
Analysiert verkehrsrelevante Trends mit möglichem Einfluss auf die Stadt Zürich und verfasst dazu schriftlich Stellungnahmen aus internen und externen Inputs. Damit wird sichergestellt, dass sich die Geschäftsleitung der DAV sowie die Vorsteherin des Polizeidepartements jederzeit zu aktuellen, mittel- und langfristigen Themen mit verkehrspolitischer Relevanz für die Stadt Zürich informieren können. So trägt der Trendscanner zur Meinungsbildung in verkehrsrelevanten Angelegenheiten und in der Mobilitätskonzeption bei. Zudem sichert sich die DAV dadurch Kompetenz und Know-How in langfristig verkehrsrelevanten Fragen.
- Gesamtschau Verkehrszonen Stadt Zürich  
Erstellen einer Gesamtschau Verkehrszonen Stadt Zürich, welche die einzelnen Verkehrsbereiche transparent darstellt und die Konsensfindung bei Verkehrsprojekten unterstützen soll.
- Verkehrscontrolling/wirkungsorientierte Prüfung verkehrstechnischer Massnahmen  
Durch Verkehrsmessungen und Geschwindigkeitsmessungen Grundlagen ermitteln, die den Bedarf an baulichen und/oder organisatorischen Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit aufzeigen. Zusätzlicher Bestandteil bilden Vorher-/Nachher-Analysen.
- Verkehrstechnische Abstimmung Agglomeration und Stadt Zürich; Verkehrsmanagement im Verbund mit den Nachbargemeinden  
Durch das Projekt "Verkehrstechnische Abstimmung Agglomeration Zürich" eine enge Zusammenarbeit mit den Agglomerationsgemeinden in verkehrstechnischer Hinsicht zu realisieren. Gewährleistung der thematischen Führungsstellung innerhalb der Verwaltung.

#### 7.4.2 Jahresziele 2008

- In den relevanten Projekten sind die projektspezifischen Anforderungen und Richtlinien der Dienstabteilung mit Fachwissen und Professionalität eingebracht
- Das Teilprojekt «Verkehr EURO 08» ist nach sämtlichen professionellen Gesichtspunkten imagefördernd umgesetzt
- Die Anliegen des Verkehrsmanagements der Stadt Zürich sind in der Gesamtbetrachtung Verkehrsmanagement Schweiz berücksichtigt
- Die Kommunikation in den Schwerpunkt-Projekten (EURO 08 Teilprojekt Verkehr, Verkehrliche Aufwertung der Langstrasse und Umgebung im Kreis 4 und 5, Meierhofplatz, dynamische Informationspanel) ist proaktiv wahrgenommen
- Das Zusammenwirken im Thema der "Kontrolle ruhender Verkehr" zwischen der Abteilung Sonderleistungen der Stadtpolizei und der Dienstabteilung Verkehr ist vereinbart
- Die Budgetvorgaben 2008 in den Produktgruppen (DA Verkehr, Blaue Zonen, Parkgebühren) werden mittels SAP (**S**tandardanwendungsprogramm) optimal bewirtschaftet, eingehalten und stufengerecht kommuniziert
- Sämtliche Mitarbeitende sind mit dem Thema des Städtischen Lohnsystems (SLS) vertraut, richtig beurteilt und eingestuft
- Die Führungsgrundsätze sind abgestützt erarbeitet
- Das neue Prozessmanagement ist in der DAV kommuniziert, geschult und umgesetzt
- Die BürgerInnen-Anliegen sind zu 80% innerhalb von 5 Arbeitstagen beantwortet

## 7.5 Stadtrichteramt

### 7.5.1 Langfristige Ziele

#### 7.5.1.1 Schwerpunkte

- Kompetenzzentrum Übertretungsstrafrecht  
Weitere Konsolidierung als Kompetenzzentrum für Übertretungsstrafrecht und Übertretungsstrafprozessrecht mit mindestens kantonaler Bedeutung. Aktive Beeinflussung von Gesetzgebung und Rechtsprechung auf allen Ebenen und engagierte Mitarbeit bei entsprechenden Projekten.
- Einführung Schweizerische Strafprozessordnung  
Mit der Inkraftsetzung dieser ersten, gesamtschweizerisch einheitlichen Strafprozessordnung ist im Jahre 2010 zu rechnen. Aktive Mitarbeit bei der Vorbereitung der Einführung. Behauptung als kommunale Übertretungsstrafbehörde in einer revidierten Behördenorganisation.
- Jugendanwaltschaft für Übertretungsstrafrecht auf kommunaler Ebene  
Prüfung einer Übernahme dieser Funktionen im Falle einer kantonalen Delegation und Begleitung der entsprechenden Novellierung der gesetzlichen Grundlagen.
- Überprüfung Organisation und Abläufe Infrastruktur; elektronische Schnittstelle zu städtischen Rapportlieferanten  
Prioritär Planung und schrittweiser Aufbau einer elektronischen Schnittstelle zur Stadtpolizei und weiterer Ausbau der Schnittstelle zur ZVO (Zentralstelle für Verkehrs- und Ordnungsbussen der Stadtpolizei).
- Globale Verfolgung von Übertretungsdelikten  
Bewältigung der durch die konsequente Bewirtschaftung der im Ausland wohnhaften fehlbaren Verkehrsteilnehmenden durch die ZVO zusätzlich anfallenden Fälle mit möglichst unveränderten Ressourcen.

### 7.5.1.2 Strategische Projekte

- Verlustscheinbewirtschaftung

Das Projektdesign ist eigentlich abgeschlossen und abgerechnet. Um eine zuverlässige und aussagekräftige Basis für den Entscheid über das weitere Vorgehen zu erhalten, soll diese mit dem Zahlenmaterial aus dem Jahr 2008 angereichert werden. Die auf das Jahr 2008 vorgesehene Evaluation ist deshalb erst im Jahr 2009 möglich. Aus diesem Grund und weil es von dessen Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit überzeugt ist, will das Stadtrichteramt am strategischen Projekt festhalten.

- Bussenkompetenz

Mit dem Inkrafttreten des Neuen Allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafgesetzbuches und der kantonalen Prozessgesetze bleibt die Spruchkompetenz des Stadtrichters unverändert bei Fr. 500.-. Das Strategische Projekt wäre damit eigentlich erledigt. Dennoch soll gegebenenfalls ein neuer Anlauf im Zusammenhang mit der Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung mit nochmaliger vorgängiger wirtschaftlicher Evaluation der dannzumal real existierenden Rahmenbedingungen versucht werden.

### 7.5.2 Jahresziele 2008

- Konsolidierung

Neuerungen und Veränderungen etablieren und Ruhe in den Betrieb bringen.

- Gesetzesnovellen

Weitere Konsolidierung der Änderungen im Zusammenhang mit der Einführung des Neuen Allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafgesetzbuches und der Zürcher Strafrechtspflegegesetzgebung. Herstellung von Rechtssicherheit und Förderung einer einheitlichen Praxis im Einflussbereich des Stadtrichteramtes. Vorbereitung auf die Anwendung der neuen APV.

- Schnittstelle zum Unfalltechnischen Dienst (UTD) der Stadtpolizei  
Konsequente Weiterverfolgung und nach Möglichkeit Abschluss des Projektes mit dem Ziel, Zugriff auf alle Fotos der UTD-Bilderdatenbank zu erlangen, die im Stadtrichteramt pendente Geschäfte betreffen.  
Einrichtung einer Möglichkeit, die gewünschten Bildausschnitte selbst zu wählen und vergrössert auszudrucken oder entsprechend anliefern zu lassen.
- Personelles  
Die neue Leitung der Abteilung Recht ist integriert, als oberes Kader und Mitglied des Geschäftsleitungsausschusses etabliert und in jeder Beziehung selbständig operativ. Zudem ist das städtische Lohnsystem (SLS) definitiv eingeführt.
- IT  
Einrichtung von SAP. Zudem Vorantreiben des Ausbaus der Schnittstelle zur ZVO mit dem Ziel, auch Aktenergänzungen durch die ZVO (Anforderung von digitalen Fotos, Einholung von Nachtragsrapporten etc.) mit einem der Rückweisung ähnlichen Verfügungstyp und Verfahren papierlos darüber abwickeln zu können. Und schliesslich soll die Stadtpolizei in die Lage versetzt werden, stadtrichteramtliche Verfügungen rund um die Uhr direkt ab Applikationen des Stadtrichteramtes auszudrucken und den Adressaten auszuhändigen.

Stadt Zürich  
Polizeidepartement

Amtshaus 1  
Postfach  
8021 Zürich